

Liechtensteiner Volkssblatt

AZ - FL-9494 Schaan, Mittwoch, 12. Dezember 1973

Erscheint Dienstag-Mittwoch-Donnerstag-Freitag

Mit den amtlichen Publikationen

106. Jahrgang - Nr. 184

Nach dem FBP-Parteitag in Vaduz

Der Liechtensteiner schätzt Sachlichkeit und Fairness in der politischen Auseinandersetzung

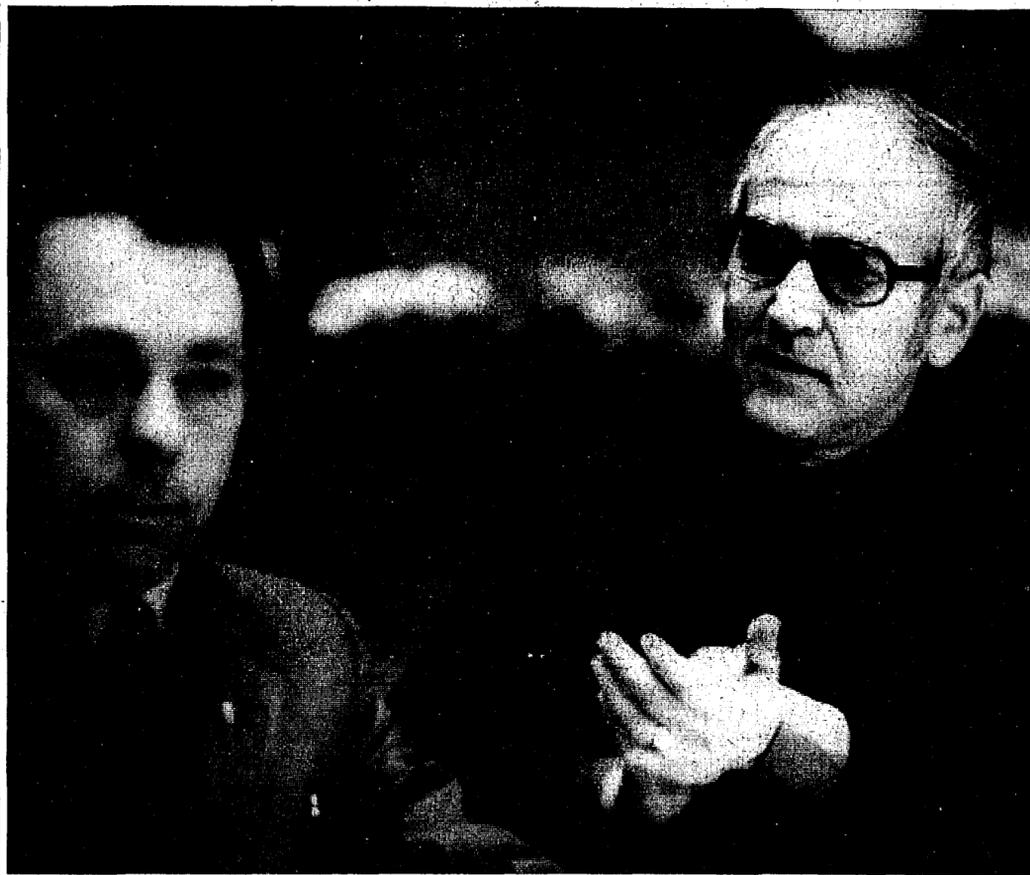
Der FBP-Parteitag vom Montagabend, über den wir bereits in unserer gestrigen Ausgabe berichteten, wird in den nächsten Ausgaben wiederholt Thema dieses oder jenes Beitrages sein. Wenn einmal 500 Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zusammentreten um über politische Aufgaben und Pflichten für Liechtenstein zu sprechen und durch zusammenhängende Beschlüsse zu fassen, kann dies nicht nur Thema eines einzigen Berichtes sein.

Angebot für einen fairen Wahlkampf

Neben den sachlichen Programmpunkten, auf die wir im einzelnen noch zurückkommen und den verschiedenen Anregungen dazu, die am Montagabend aus der Versammlung vorgetragen wurden, fand vor allem auch das Fairnessangebot des FBP-Regierungschef-Kandidaten Dr. Walter Kieber Beifall und Zustimmung am Parteitag. Dr. Walter Kieber sprach sich in seiner Schlussrede (die wir auf Seite 3 und 4 der heutigen Ausgabe wörtlich wiedergeben) für einen

«Wettbewerb um die besseren Kräfte und Ideen für Liechtenstein, ohne Zimperlichkeit in der Kontroverse, die notwendig und auch fällig ist, aber frei von Verdächtigungen, anonymer Verleumdung und persönlicher Verunpflimpfung»

aus. Der Aufruf des FBP-Regierungschef-Kandidaten an «jeden einzelnen Liechtensteiner draussen im Lande», Wächter über die Einhaltung dieser Spielregeln zu sein, und am Ende selbst darüber zu befinden, wer die «ehrlichere, eines Liechtensteiner würdigere Haltung gezeigt hat, und nicht, wer die besseren Tricks zur Ausschaltung des politischen Konkurrenten in der Tasche hatte», konnte so nur von einem Mann formuliert werden, der



sich selbst kompromisslos an diese Fairness und Sachlichkeit halten will.

Der spontane Beifall aus den Reihen der 500 Tagungsteilnehmer im Vaduzer Saal galt aber sicherlich nicht nur dem Bekenntnis Dr. Kiebers zur Sachlichkeit und Fairness. Die anwesenden Mitbürgerinnen und Mitbürger wollten damit zweifellos auch manifestieren, dass sie des von persönlichen Verun-

pflimpfungen durchsetzten Parteiengezänks, wie wir es in den letzten Jahren im Lande oft praktizierten, endgültig überdrüssig sind!

Dass die FBP auch diesen Wink des Bürgers verstanden und zur Kenntnis genommen hat, wurde von vielen Versammlungsteilnehmern besonders begrüsst. Die Teilnehmer am FBP-Parteitag, Mandatsträger, Funktionäre und Gäste vermerkten es positiv, dass keine verbalen

«Abrechnungen» mit dem politischen Gegner mehr vernommen wurden, wie wir sie noch vor wenigen Jahren aus Parteiversammlungen zur Genüge kennen.

Wir haben uns dem vor uns liegenden, politischen Wettbewerb zu stellen, wir haben die Pflicht, uns dem liechtensteinischen Stimmbürger als echte Alternative anzubieten und ihm heute schon zu sagen, was wir für ihn tun und wie wir uns

für ihn einsetzen wollen, wenn er uns mit der politischen Hauptverantwortung im Staate betraut. Wir haben uns zu stellen, ohne uns aber aufzudrängen. Darüberhinaus müssen wir uns bewusst sein, dass das Verhältnis so sein sollte, dass wir in jenen Bereichen, wo es um Sachprobleme geht, die alle Liechtensteiner gleichermaßen treffen und betreffen, Brücken schlagen können.

Mit diesen Worten könnte man den Tenor zusammenfassen, der am FBP-Parteitag vom Montagabend im Vaduzer Saal vorherrschte.

Dr. Gerard Balliner, Regierungschef von 1962-1970, kehrt nach vierjähriger Pause wieder in die aktive Politik zurück: als Kandidat des Wahlkreises Unterland zieht er mit der neuen FBP-Mannschaft in den kommenden Wahlkampf. Unser Bild zeigt Dr. Balliner, dessen Nominierung mit Beifall aufgenommen wurde, am Montagabend in Vaduz — Links: der Sekretär des Arbeitnehmerverbandes, Eugen Büchel.

(Bilder: Xaver Jehle)

Die aktuelle Frage

Energiekrise: Wird die Fünftagewoche in der Schule eingeführt?

Unsere Eltern, die liechtensteinische Lehrerschaft und unsere Erziehungsbehörden haben sich schon öfters mit der Frage der Fünftagewoche in der Schule beschäftigt. Die Meinungen dazu gehen bekanntlich auseinander, und zwar nicht nur bei den Betroffenen, also den Kindern sowie ihren Eltern und Lehrern, sondern auch bei den Erziehungswissenschaftlern. Die einen treten für eine längere Ruhepause am Wochenende ein, die anderen halten den Unterbruch (freier Nachmittag am Mittwoch) für die bessere Lösung. Die einen Eltern möchten ihre Kinder schon ab Freitagabend für das Familienwochenende bei sich haben, die anderen sind froh, dass sie den Samstagvormittag noch ohne Kinder verbringen können. Die Lehrer gehören zu den wenigen Berufsgruppen, die noch keine Fünftagewoche kennen. — Die Frage, ob man die Fünftagewoche auch in der Schule einführen soll oder nicht, erhält durch die andauernde Öl-Versorgungskrise völlig neue Aspekte. Erwiesenermassen werden 10 bis 15 Prozent des Heizölverbrauches unserer Schulen am Samstag verfeuert. Wenn die Versorgungsschwierigkeiten im kommenden Jahr anhalten, wird man sich auch bei den öffentlichen Gebäuden um wirksame Einsparmassnahmen kümmern müssen. Die Fünftagewoche für die Schulen ist damit aufgrund ganz neuer Gesichtspunkte wieder spruchreif geworden. — Wäre es nicht wünschenswert, wenn man sich deshalb heute schon mit dem Gedanken auseinandersetzen würde, wie ein allfällig schulfreier Samstag kompensiert werden könnte und was unsere Eltern und Erzieher davon halten? Es wäre sicher interessant, die Fünftagewoche deshalb wieder vermehrt zum Gesprächsthema zu machen. Denn was uns (unter den herrschenden Verhältnissen) auch immer aufgezwungen würde, wäre leichter und reibungsloser abzuwickeln, wenn man vorher miteinander gesprochen hätte.

